



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Das Wichtigste zuerst

1. Breitbandausbau - 50.000 Euro Bundesförderung für Waldshut-Tiengen

Gute Nachrichten für die Große Kreisstadt! Die Stadt Waldshut-Tiengen bekommt 50.000 Euro Bundesförderung für Beraterleistungen, die Planung und Durchführung von Projekten zum Ausbau des schnellen Internets erleichtern sollen. Thomas Dörflinger MdB und ich freuen uns, dass der Hochrhein erneut vom Bundesprogramm zum Breitbandausbau profitiert. Der Förderbescheid geht der Stadt auf dem Postweg zu.

Das Bundesverkehrsministerium vergibt im zweiten Schritt bis zu 15 Millionen Euro pro Projekt, um die Umsetzung von Ausbauprojekten zu fördern. Insgesamt stehen für die Breitbandförderung aus Bundesmitteln vier Milliarden Euro bereit.

2. Kita Zelg in Wehr in der zweiten Förderwelle des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ dabei

Rund 100.000 Euro Förderung bekommt die Kita Zelg von 2017 bis 2020 aus dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Ich freue mich, dass eine weitere Einrichtung im Wahlkreis in den Genuss der Förderung kommt. In einer Mitteilung im August letzten Jahres hatten Thomas Dörflinger MdB und ich zum Interessenbekundungsverfahren für die zweite Förderwelle informiert. Das Kinderhaus Feuerkäfer in Albbbruck wurde bislang als einzige Einrichtung gefördert. Bis 2019 erhält Feuerkäfer 100.000 Euro Förderung.

„Schmidts Berliner Brief“ 5/17

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Vor 60 Jahren unterschrieben mutige Staatsmänner aus den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wie Konrad Adenauer die Römischen Verträge, die die Grundlagen für unser Zusammenleben in Europa bis heute bestimmen. Europa hat Frieden und Wohlstand gebracht, diese wohl größten Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren. Nicht nur die politischen Vermächtnisse von Konrad Adenauer und Helmut Kohl fordern uns dazu auf. Immer, wenn Europa vor großen Aufgaben stand, waren Christdemokraten Bundeskanzler. So ist es auch heute. Innere und äußere Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung usw. sind Themen, die zukunftsweisend sind und die wir nur gemeinschaftlich lösen können.

Auch Armut und soziale Ausgrenzung spielen in Europa eine große Rolle. In meiner Funktion als Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales nehme ich vom 23. bis 24. März an einer Ausschussvorsitzendenkonferenz in Malta teil. In der im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Maltas stattfindenden Konferenz werden wir die Ursachen der sozialen Ausgrenzung miteinander diskutieren. An der Konferenz wird neben dem Vorsitzenden des maltesischen Sozialausschusses, Anthony Agius Decelis auch Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, teilnehmen. Auch wenn die Sozialpolitik keine originäre Zuständigkeit der Europäischen Union ist, so macht ein gemeinsamer Binnenmarkt mit der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen gemeinsame Regelungen und Standards in bestimmten Bereichen nötig.

Herzliche Grüße

Ihre

Schwerpunkte des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ sind neben der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung die Förderung einer inklusiven Pädagogik und der Zusammenarbeit mit Familien. Es richtet sich hauptsächlich an Kindertageseinrichtungen, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf besucht werden.

Über das Bundesprogramm wird in den Einrichtungen jeweils eine halbe Stelle für eine zusätzliche Fachkraft gefördert, die das Kita-Team bei der Arbeit mit Kindern aus bildungs-fremden Familien, Kindern mit Migrationshintergrund sowie Kindern mit Fluchterfahrung im Spracherwerb unterstützt. Einrichtungen mit über 160 Kindern konnten in Abstimmung mit dem zuständigen Landesministerium die Förderung einer zweiten halben Stelle beantragen.

3. KfW senkt Mindestinvestitionssumme bei Einbruchschutz auf 500 Euro



Beim auf Betreiben der Union eingerichteten KfW-Programm zur Förderung von Maßnahmen zum Einbruchschutz sind die Konditionen angepasst worden. Bisher benötigte man als Mieter oder Eigentümer eine Mindestinvestitionssumme von 2.000 EUR, um einen Zuschuss bei der KfW beantragen zu können. Diese Mindestinvestitionssumme ist nunmehr auf 500 EUR abgesenkt worden. Bei Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz werden förderfähige Investitionskosten von

mindestens 500 EUR bis maximal 15.000 EUR pro Wohnung oder Haus bezuschusst.

Einzelmaßnahmen zum Einbruchschutz sind etwa der Einbau einbruchhemmender Haus- und Wohnungstüren, von Türspionen oder der Einbau von Türzusatzschlössern oder Querriegelschlössern mit/ohne Sperrbügel. Gefördert wird auch der Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster, Balkon- und Terrassentüren sowie einbruchhemmender Gitter und Rollläden (z. B. aufschraubbare Fensterstangenschlösser, Pilzkopfverriegelungen) oder der Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen wie z. B. Kamerasystemen. Detaillierte Informationen sind unter www.kfw.de/einbruchschutz zu finden. (Quelle: KfW.de)

4. „Arbeitsmarkt ist hervorragend!“ – Gespräch mit Leiter der Agentur für Arbeit Lörrach Norbert Sedlmair

Norbert Sedlmair, Leiter der Arbeitsagentur Lörrach, und Kollegen trafen mit Thomas Dörfinger, Armin Schuster und mir zum mittlerweile zur Tradition gewordenen arbeitsmarktpolitischen Gespräch in Berlin zusammen. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Kreis Waldshut sei hervorragend, attestierte Norbert Sedlmair gleich zu Beginn der knapp zweistündigen Sitzung. Es herrsche nahezu Vollbeschäftigung. Die Integration von Flüchtlingen, insbesondere Frauen, in den Arbeitsmarkt stelle insgesamt eine große Herausforderung dar. In der Ablehnung der Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz nach einem Rechtsanspruch auf Qualifizierung nach drei Monaten Arbeitslosigkeit waren wir uns einig. Die Qualifizierung soll in den Betrieben stattfinden und nicht erst in der Arbeitslosigkeit. Der Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt scheitert nicht an mangelnder Qualifikation der Arbeitssuchenden, sondern oft an Problemen in der Alltagsbewältigung. Das hat sich in den

aktuell laufenden Programmen für Langzeitarbeitslose gezeigt. Die Union will, dass die Arbeitslosigkeit erst gar nicht entsteht. Dafür sichern wir die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand.



(von links: Thomas Dörflinger MdB, Norbert Sedlmair, Melanie Payer, Gabriele Schmidt MdB, Horst Eckert, Jutta Hünenberger und Armin Schuster MdB)

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht. In erster Lesung haben wir Regelungen diskutiert, um die Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer zu erleichtern, für den Fall, besonders, wenn von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Dazu schaffen wir Vorschriften, wonach Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben. Zudem stärken wir die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Abschiebehaft soll bei gefährlichen Ausreisepflichtigen künftig auch dann zulässig sein, wenn die Abschiebung absehbar nicht innerhalb von drei Monaten vollzogen werden kann. Wir ziehen damit auch ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Fall Amri. Die SPD hat diesen Änderungen leider erst nach dem schrecklichen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin zugestimmt. Zuvor hatte sie entsprechende Vorschläge unseres Bundesinnenministers noch abgelehnt.



Mehr Teilhabe – weniger Barrieren

Eine Information in Leichter Sprache zur Behinderten-Politik der CDU- und CSU-Fraktion im Bundestag



2. Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2016. Die Bundesregierung unterrichtete das Parlament über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen für den Beobachtungszeitraum 2005 bis 2014. In vielen Lebensbereichen hat sich deren Teilhabe verbessert – etwa bei der Bildung und Ausbildung oder beim Einkommen und der Erwerbsarbeit. In anderen Feldern, wie dem Gesundheitswesen oder der Freizeitgestaltung, besteht weiter Handlungsbedarf, um Menschen mit Beeinträchtigungen auch dort eine umfangreiche Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Informationen in Leichter Sprache zur Behinderten-Politik der CDU- und CSU-Fraktion im Bundestag finden Sie [hier](#).

III. Sonstiges

Larissa Wehrle aus Buchenbach macht Praktikum im Berliner Büro

Mein Name ist Larissa Wehrle, ich komme aus Buchenbach und studiere im 6. Semester Politikwissenschaft in Freiburg. Ein Praktikum bei Frau Schmidt im Zentrum der deutschen Politik, noch dazu im Wahlkampfjahr, ist daher die perfekte Gelegenheit, um die Arbeit unseres Parlaments einmal von innen zu erleben.



Die Aufgaben von Frau Schmidt als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Arbeit und Soziales sind sehr vielfältig. Ich kann sie bei der Beantwortung von Bürgeranfragen, Hintergrundrecherchen sowie den Vorbereitungen für ihre Veranstaltungen unterstützen. Außerdem darf ich an Arbeitsgruppen, Ausschusssitzungen und mehreren Veranstaltungen, wie zum Beispiel der Vorstellung der Expo in Astana, teilnehmen. Dadurch kann ich einen Einblick in den Arbeitsalltag der Abgeordneten in Berlin gewinnen. Es ist beeindruckend zu erleben, wie der Gesetzgebungsprozess abläuft. Nun verstehe ich die Bedeutung des Zitats des Ex-Verteidigungsministers Peter Struck "Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es eingebracht wurde".

Das Praktikum wird von einem vielseitigen Rahmenprogramm der CDU/CSU Fraktion begleitet. Dadurch können wir Praktikanten interessante Persönlichkeiten, wie Wolfgang Bosbach MdB, Bundestagspräsidenten Norbert Lammert MdB und den CDU/CSU Fraktionsvor-

sitzenden Volker Kauder MdB in Diskussionsrunden treffen und zu aktuellen Themen befragen. Auch ein Besuch der DDR-Gedenkstätte Hohenschönhausen und eine Diskussion mit dem Chef des Bundeskanzleramts Peter Altmaier MdB standen auf der Tagesordnung. Nicht nur der politische Alltag, sondern auch das Abendprogramm ist mit Besuchen des ZDF Politiktalks Maybrit Illner und Veranstaltungen der Konrad-Adenauer Stiftung, wie beispielsweise einer Podiumsdiskussion mit Bundespräsidenten a.D. Christian Wulff, immer aufregend.

Spannende Begegnungen hatte ich nicht nur mit Politikern, sondern auch mit anderen Praktikanten bei zahlreichen Treffen nach der Arbeit oder Abendveranstaltungen. Hier in Berlin lebt die Politik. Dieses Praktikum ermöglicht mir wertvolle Eindrücke von den Aufgaben von Frau Schmidt und der Arbeitsweise des Parlaments. Für diese bereichernde Erfahrung möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Schmidt und ihren Mitarbeiterinnen bedanken!

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de
Ich freue mich auf Sie!

2. Meine Termine der nächsten Tage (Auswahl):

- | | |
|----------------------|---|
| 23.-24. März: | • Dienstreise nach Malta zur Ausschussvorsitzendenkonferenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Maltas |
| 25. März: | • Landesvertreterversammlung der CDU Baden-Württemberg zur Erstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017, Sindelfingen |
| 27.-31. März: | • Sitzungswoche des Deutschen Bundestages |